

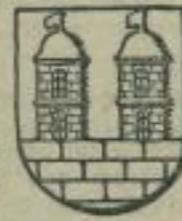
Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Großes Blatt mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nochmals 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Goldmarkung monatlich 4,50 M., durch meine Buchdrucker geprägt in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5,50 M., durch die Post bezogen monatlich 5,25 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie andere Bürobücher und Geschäftsstätte nehmen jederzeit Bezahlungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rücknahme des Bezugspreises.



Postfachkonto 1 M. für die 6 gehaltene Korrespondenz über deren Name, Postamt, die 2-stellige Nummer 2,50 M. Bei Weiterholung und Jahresauflage entsprechender Preise erhältlich. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Verleihern, die zugeschriebene Kosten 3 M. Nachzugsgebühr 50 Pf. Angemessene Abzugsfrist 10 Uhr. Für die Rückgabe der durch Verlust überzähligen Ausgaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Absatz entspricht erlaubt, wenn der Bezug durch Klage eingezogen werden muss oder der Bezieher in Konkurs gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 164.

Sonnabend den 16. Juli 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 89 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Barthold & Co in Wilsdruff betr., ist heute eingetragen worden, daß die bisherige Inhaberin, Frau Frieda Döga verw. Barthold geb. Rößler in Wilsdruff, ausgeschieden ist. Inhaber ist jetzt der Möbelfabrikant Eduard Schremmer in Leipzig-Südvorstadt zufolge Veräußerung

des Handelsgeschäfts samt der Firma. Der neue Inhaber haftet nicht für die im Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten der bisherigen Inhaberin, es gehen auch nicht die im Betriebe begründeten Forderungen auf ihn über. A Reg. 99/21

Amtsgericht Wilsdruff, den 7. Juli 1921.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsch-französischen Verhandlungen in Paris haben zu einem Abkommen über die deutschen Sachleistungen geführt.

* In Berlin sind amerikanische Handelsvertreter zu Orientierungszwecken eingetroffen. Sie wollen auch den Gründen der Neutralitätswantungen nachstreichen.

* Die Berliner Stadtwahlwiederholungen sind für ungültig erklärt worden. Die Neuwahlen sollen im Oktober stattfinden.

* Die deutschen Kohlenlieferungen an die Entente sind für den Monat August abermals auf 2.200.000 Tonnen festgelegt worden.

* Die südostslawische Regierung bemerkert die Meldung, wonach ihre Truppen in Albanien eingerückt seien.

* Das Handelsabkommen zwischen Frankreich und Finnland ist unterzeichnet worden.

Gold und Papier.

Die Hauptschwierigkeit, die die deutsche Regierung bei allen ihren finanziellen Ausgaben, vor allem im Hinblick auf die Wiedergutmachungsleistungen zu überwinden hat, liegt darin, daß alle Berechnungen, die von unserer Seite noch so sorgfältig ausgestellt werden, binnen kürzester Zeit keine Geltung mehr haben, sobald nämlich der Ausland der deutschen Mark abermals eine Veränderung erlebt. Mit steigender oder sinkender Valuta verändert sich jedesmal der notwendige Steuerbedarf des Deutschen Reiches, und zwar gewöhnlich um eine beträchtliche Anzahl von Milliarden. Die Ursache dafür ist natürlich, daß unsere Zahlungsmittel längst nicht mehr auf der Goldwährung beruhen, sondern nur in Papierscheinen darstellen, die nichts anderes als ebenso viele kleine Schuldcheine sind, für die das Reich haftbar ist. Diese aber werden wieder im Ausland höher oder geringer bewertet, je nachdem unsere Leistungsfähigkeit als Nation auf Grund der jeweiligen politischen Lage größere oder geringere Aussichten zu bieten scheint.

Diese große Schwierigkeit, die jeder endgültigen Regelung unseres Finanzwesens auf lange Zeit hinaus als unlösbares Hindernis im Wege stehen wird, hat auch der Wirtschaftsminister Schmidt in einer Unterredung über die Regelung unserer aus dem Klimaxum herrührenden Verpflichtungen als eine der Hauptursachen angegeben, die uns in dauernder Unsicherheit lassen. Das gilt besonders für denjenigen Teil des Finanzplanes, der den Überlauf der Ausgaben über die Einnahme betrifft, und den der Reichskanzler selbst seinerzeit mit 20 Milliarden bezifferte. Man wird sich erinnern, daß diese Rechnung nicht unangefochten blieb, sondern daß der Abgeordnete Helfferich stattdessen 20 Milliarden ein Defizit von 70 Milliarden feststellte. Dabei handelt es sich selbstverständlich um Papiermilliarden. Um aber die Größe der von uns verlangten Leistungen in Goldmilliarden richtig zu bewerten, genügt ein Blick auf den Vergleich, den der Wirtschaftsminister zwischen dem Vertragsbeitrag von 1913 und den jüngsten Reparationszahlungen anstellt. Damals wurde insgesamt eine einmalige Ausbringung von einer Milliarde Goldmark verlangt bei einem Bruttoseinkommen von ungefähr 40 Milliarden. Jetzt sollen wir jährlich immer wieder je 3½ Milliarden zahlen, während die Einnahmen, in Goldwährung umgerechnet, heute für das ganze Volk auf höchstens noch 25 Milliarden anzusezen sind.

Wenn nun der Wirtschaftsminister daraus weiter folgert, daß wir bei der Steuererhebung nicht ohne eine nochmalige Belastung des Besitzes auskommen können, w. ja schon damals beim Wehrbeitrag außer dem Einkommen in erster Linie der Besitz herangezogen wurde, so werden bei derartigen Schritten andere Meinungen nicht schweigen. Der Wirtschaftsminister, der politisch links steht, und in wirtschaftlichen und steuertechnischen Fragen eine Auffassung vertritt, die ancheinend auch heute noch trotz wochenlanger Verhandlungen im Kabinett von der Auffassung anderer Regierungsmitglieder etwas abweicht, hat bei dieser ernsten Erfassung des Besitzes nach seinen eigenen Äußerungen in erster Linie die sogenannten "Goldwerte" im Auge, d. h. diejenigen Besitztümer, die von den Schwankungen der Valuta wenig oder gar nicht abhängig sind. Man muß aber bedenken, daß diese Art von Besitz heute das Rückgrat des Nationalvermögens ausmacht, und daß eine übermäßige Belastung dieser Güter zur Folge haben könnte, daß auch hier die Goldwerte sich bald in Papierwerte verwandeln, und dann möglicherweise weit unter dem eigentlichen Preise an verlustreiche Käufe ins Ausland verschleudert werden.

Das Steuerprogramm der Regierung scheint noch nicht ganz einheitlich zu sein, denn sonst würde der Wirtschaftsminister schwerlich einen Gesichtspunkt in den Vor-

dergrund gerückt haben, der im Programm des Reichskanzlers keine Rolle spielt. Die Notwendigkeit, ganz gleich, auf welchem Wege, ein möglichst hohes Maß der von uns geforderten Leistungen zu erzielen, dürfte jedoch von selbst dazu führen, daß unter den verschiedenen vorgebrachten Wegen sich die vernünftigsten und aussichtsreichsten von allein durchsehen. Man kann in dieser Hinsicht mit einer gewissen Beständigkeit feststellen, daß auch der Wirtschaftsminister als einzige Möglichkeit, aus den augenblicklichen Schwierigkeiten herauszukommen, eine Steigerung unserer Gütererzeugung bezeichnete. Man kann wohl annehmen, daß diese Erkenntnis die Erörterung weiterer von rechts her in die Debatte geworfenen Probleme nach sich ziehen wird, in erster Linie wohl die Frage der Arbeitszeit in der Industrie sowohl wie vor allem in den Staatsbetrieben. Die verderbliche Tätigkeit der Notenpresse, die trotz der klügsten Steuersysteme uns kleinen Schritt vorwärts bringen kann und nur Papierwerte schafft, soll nach allgemeinem Wunsch endlich einmal eingestellt werden. Dann aber müssen wir, da wir an materiellen Besitztümern arm geworden sind, die Lösung aller wirtschaftlichen und politischen Fragen allein in der Ausnutzung des einzigen Goldwertes suchen, der uns verblieben ist: in der deutschen Arbeit. Mit diesem Pfunde müssen wir wuchern.

Ergebnis der Pariser Verhandlungen

Abkommen über Sachleistungen und Handelsverkehr.

Die deutsch-französischen Verhandlungen sind erfolgreich verlaufen. Sie bedürfen allerdings noch der Ratifizierung durch beide Regierungen. In den nächsten Tagen werden sich Staatssekretär Dr. Bergmann und Direktor Guggenheim nach Berlin zurückbegeben, um der deutschen Regierung das mit den französischen Sachverständigen getroffene Abkommen zu unterbreiten.

Nach ergänzenden Mitteilungen eines Pariser Blattes handelt es sich um zwei Arten von Fragen. Die eine hätte sich auf den Mechanismus der Reparationen, die andere auf den Handelsverkehr zwischen Frankreich und Deutschland bezoogen. Man einige sie nunmehr auf einen Organisationsplan, der dahin geht, daß die französischen Käufe im zerstörten Gebiet mit den deutschen Verkäufern in unmittelbare Verbindung treten.

sollten. Die Zahlungen sollen durch Vermittlung eines oder mehrerer staatlicher Bureaus vor sich geben, denen der Konsul als Zahlung eine Erklärung über die erlaubten Abnahmen übergeben hätte. Das Bureau müsse dann die deutschen Verkäufer in deutscher Reichsmark entschädigen. Es müssten jedoch auch die Rückwirkungen

erwogen werden, die diese Operation auf die Handelsaktivität der beiden Länder ausübt. Wenn Frankreich sich darauf beschwürt hätte, die Lieferung deutscher Waren zuzulassen, ohne daß es selbst Waren an Deutschland verkaufe, so wäre die Handelsbilanz Frankreichs sicherlich in Unordnung geraten. Andererseits befürchte sich Deutschland darüber, daß es durch das Loch im Westen

außerordentlich geschädigt werde. Die Kontrolle der Einfuhrerlaubnis, die im Innenland gegenwärtig in den Händen der Mineralienkommission liegt, soll daher künftig gemeinsam mit der deutschen Regierung durchgeführt werden, wodurch das Loch im Westen geslossen würde. Ein System der Kontingenterklärung würde zu Gunsten der französischen Zugangswaren eingerichtet werden durch das dem jetzt in Deutschland gegen französische Waren angeblich bestehenden Boykott ein Ende bereitet würde. Die deutschen Vertreter verzichteten auf eine Erörterung der Frage der

wirtschaftlichen "Sanktionen".

die nicht von der französischen Regierung, sondern vom Obersten Rat abhängen. Über die Frage der Holzhäuser habe man nicht gesprochen. Loucheur scheine zu der Überzeugung gelangt zu sein, daß die französische Industrie diese zu besseren Bedingungen liefern könnte als Deutschland.

Falls diese ergänzenden Mitteilungen das Pariser Blattes zutreffen, so scheint es, als ob die Franzosen recht gut verstanden hätten, ihr Schätzchen ins Trockne zu bringen. Der Abschluß eines Abkommen ist an sich natürlich zu begreifen, jedoch wird dieser offensichtlich durch die Bestimmungen über den Handelsverkehr erheblich beeinflusst. Die Einfuhr von französischen Zugangswaren ist für uns nicht nur überflüssig geworden, sondern für unsere finanzielle Gesundung geradezu hemmend und schädlich. Die Aufhebung der "Sanktionen" hängt zwar formal vom Obersten Rat, tatsächlich aber nur von Frankreich ab, da dieses als einziges Mitglied des Ober-

nem Rates noch zur die Beibehaltung dieser Abmachungen eintritt. Ein Urteil über das Abkommen im einzelnen muß man sich selbstverständlich vorbehalten, bis die deutschen Unterhändler in Berlin selbst einen genauen Bericht erstattet haben.

Hardings Einladung.

Keine Abjage, aber Abänderungswünsche.

Die Einladung Hardings zur Abrißungskonferenz in Washington ist inzwischen von allen eingeladenen Staaten, auch von Japan, das am längsten zögerte, angenommen worden.

Die Abrißungskonferenz wird jedoch nicht, wie ursprünglich angenommen, vom Präsidenten Harding, sondern vom Staatssekretär Hughes geleitet werden. Dies bedeutet, daß die Versprechungen wahrscheinlich nicht durch die Ministerpräsidenten, sondern durch die verschiedenen Minister des Außen gejährt werden. In London politischen Kreisen glaubt man, daß es eventuell möglich sein werde, die Beratung der Probleme des Stillen Ozeans von der Abrißungskonferenz zu trennen. Sollte dies möglich sein, so würde es England nicht ungern seien, wenn die Pacific-Konferenz nach London verlegt und vielleicht sofort im Anschluß an die Reichskonferenz abgehalten werden könnte. Es besteht eine gewisse Gefahr, daß Hardings Plan durch eine solche Teilung in zwei getrennte Konferenzen unter Umständen gefährdet werden könnte.

Und der Völkerbund?

Der "Rotterdamische Courier" ist der Ansicht, daß die von Harding vorgeschlagene Abrißungskonferenz tatsächlich dem Völkerbund den Wind aus den Segeln nimmt! Der Wilsonsche Völkerbund werde mit diesem Schritt durch den "Verein der Nationen" Hardings abgelöst, was aber an sich kein Unglück sei, so lange das Hauptziel im Vordergrund bleibe. Weiter, meint das Blatt, sei eine Hauptbedingung, daß nicht nur die Ententeländer, sondern auch die anderen, besonders die, welche sich zu Großmächten entwickeln dürften, zu Rate gezogen würden, auch Deutschland und Russland. Harding beschränkt die Abrißung nicht auf das maritime Gebiet, sondern auch auf die Bevölkerung zu Lande. Europa könne aber nicht abrücken, so lange Russland eine militärische Gefahr bleibe.

Bormarsch der Engländer?

Polnische Menschenjagden in Oberösterreich.

Die Zustände in den Landgemeinden des Industriebezirks spotten noch immer jeder Beschreibung. Aus Bormarsch wandten sich Vertreter der Ortsverwaltung hilfesuchend an den Kreiskontrollleur von Beuthen unter der Angabe, daß in Bormarschblütte die Polen Menschenjagden veranstalten. Die Flucht der Bevölkerung in die Städte hält insgesamt noch immer an. Deutsche Einwohner, die als solche bekannt sind, können es immer noch nicht wagen, in ihre Heimatorte zurückzukehren. Die polnische Flagge weht noch immer auf einigen Industriegebäuden. Die Engländer sorgen vorläufig lediglich in den Städten für Schutz, während in den Landgemeinden der polnische Terror weiter herrscht. Polnischerseits wird ein

Bormarsch der Engländer

auf das Land besucht. Aus diesem Grunde wird seitens der politischen Organisationen versucht, einen Generalstreik zu inszenieren mit der Forderung: Abzug der Engländer. Nach anderen noch unveröffentlichten Niederschriften haben die Engländer in den Kreisen Katowitz und Beuthen bereits mit einer energischen Zäsurungsaktion begonnen haben, die sich vornehmlich auf das Land erstreckt. Auf den Straßen und in den umliegenden Wäldern herrscht nach dieser Nachricht ein außerordentlich reger englischer Patrouillenverkehr unter Bewaffnung von Bläddern und mit Maschinengewehren bestückten Panzerwagen.

Sachverständige für die Grenzführung.

Nachdem die Interalliierte Kontrollkommission bis jetzt noch keinen gemeinsamen Vorschlag über die Festlegung der künftigen Grenze gefunden hat, dat nunmehr die englische Regierung endgültig den Vorschlag angenommen, eine Sachverständigen-Kommission nach Oberösterreich zu entsenden. Die Sachverständigen sollen sofort nach Oberösterreich abreisen, und man glaubt, daß es möglich sein werde, bereits für die Konferenz von Boulogne einen Bericht zu liefern, auf den der Oberste Rat angeblich schon so lange vergebens gewartet hat.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich

Die Beamten des „Heimatdienstes“.

Eine halboweitliche Veröffentlichung kommt auf die Bevölkerung des Abg. Dr. Cremer im Reichstag zurück, daß von 35.000 Mitgliedern der Reichszentrale für Heimatdienst allein 27.000 zur sozialdemokratischen Partei gehören. Dazu wird in der offiziösen Notiz gesagt, daß mit der Bezeichnung „Mitglieder“ nur die ehrenamtlich im Heimatdienst arbeitenden Vertraulenleute gemeint sein können. Es gehören von einer Gesamtzahl von 30.892 ehrenamtlichen Vertraulenleuten 20.221 den bürgerlichen, 10.671 den sozialdemokratischen Parteien an. Ferner wird mitgeteilt, daß die Reichszentrale für Heimatdienst ihre Tätigkeit im besetzten Gebiet mit dem Aufstreiten des Friedens von Versailles völlig eingestellt hat. Seit dieser Zeit gibt es weder Angestellte, noch ehrenamtliche Mitarbeiter der Reichszentrale für Heimatdienst im besetzten Gebiet.

Steuererleichterung für Wohnungsbau.

Um einen Anreiz zum Bauen zu geben, ist vorgesehen, daß Mittel, die für Kleinwohnungsbauten verwendet werden, unter bestimmten Voraussetzungen vom Steuerbaren Einkommen abgezogen werden können; es handelt sich hierbei um Mittel, die der Baumeister selbst verwendet, außerdem aber auch um Zuwendungen an gemeinnützige Vereine und Gesellschaften zur Förderung des Kleinwohnungsbaues. Eine Ausführungsverordnung des Reichsministers der Finanzen debüttet diese Vergünstigung auch auf Zuwendungen aus, die in den Jahren 1920 bis einschließlich 1923 an Länder, inländische Gemeinden (Gemeindeverbände) oder öffentlich genehmigte inländische Stiftungen zum Zwecke der Förderung des Kleinwohnungsbaues gemacht werden. Sie besteht außerdem derartige Zuwendungen von der Erbansammlungssteuer.

Dänemark.

Deutsch-dänische Verhandlungen. Im Verlaufe der deutsch-dänischen Verhandlungen sind sämtliche Fragen, die in dem Verhandlungsprogramm enthalten waren, besprochen worden. Im bezug auf eine größere Anzahl wesentlicher Punkte ist Einigung erzielt worden. Dieses gilt namentlich von der Regelung des Optionsrechtes, von den Bestimmungen über erleichterte Passivitätsfristen im Bereich der Grenzbewohner und über den kleinen Grenzverkehr, ferner von der besonders wichtigen Regelung der Börsen- und Deichverhältnisse an der Grenze. Zur Prüfung weiterer Angelegenheiten ist jetzt eine Verhandlungspause vorläufig bis Mitte September eingegetreten.

Rußland.

Wiedereinführung des Kapitalismus. Die Sowjetregierung, die nun auch die Zustimmung des Kongresses der dritten Internationale für eine neue Politik gefunden hat, schreitet jetzt auf dem Wege zur Wiedereinführung des Kapitalismus weiter fort. Nach sinnlichen Meldungen steht ein neues Dekret alle Beschränkungen des Privatbesitzes an Geld und Kapital auf. Das Dekret erlaubt jedem sowjetischen Staatsbürger den Besitz von Geldsummen in beliebiger Höhe. Die bestehenden staatlichen Banken dürfen Geld in laufender Rechnung u. a. in unbegrenzten Summen annehmen. Diese Beträge sind unantastbar und können von keiner Behörde ohne vorheriges Urteil beschlagnahmt werden. Alle früheren Beschränkungen über Geldgeschäfte werden aufgehoben.

Bulgarien.

Gegen die thauratische Politik Bulgariens. Pariser Blättermeldungen behaupten, daß englische Außenministerium habe die Regierungen von Frankreich, Italien, Rumänien, Südslawien und der Tschechoslowakei ersucht, ihren Vertretern in Sofia den Auftrag zu geben, einen Schritt zu unternehmen, den die britische Regierung bei dem

Mag auch die Liebe weinen...

50]

Roman von Fr. Lehne.

Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W 30.

„Gewiß,“ fuhr Rüdiger fort, „ich verbergle nicht, daß ich damals die Trennung Ottolars von Ihnen befürwortet habe — aber es geschah lediglich im Interesse der Familie. Von den anderen heimlichen Beweggründen, die da noch mitspielten, und die ich verurteilte, als ich sie erfuhr, habe ich bei meinem Besuch in Ihrer Wohnung noch nichts gewußt. Mein Wort darauf. Sonst hätte ich niemals auch nur das Geringste für meinen Bruder unternommen.“

„Das glaube ich nicht, Graf Allwörden.“

Mutter, hörtest Du nicht: er gab Dir sein Wort — — rief Lori. Sie flog auf ihn zu: „Rüdiger, ich glaube es Dir — mit innigem Blick sah sie zu ihm empor.

„Ich danke Dir.“

„Warum haben Sie Ihren Einfluß auf Ottolar denn nicht zugunsten meiner Kinder geltend gemacht? Sie haben seine Heirat mit der anderen befürwortet?“

„Das eben habe ich nicht getan — ich bin dagegen gewesen! Ich kannte Bella Floimann — und die Folgen haben mir auch Recht gegeben.“

„Ja, ich weiß es — die Ehe ist nicht glücklich!“ sagte Frau Berger triumphierend.

„Mutter!“ rief Lori errötend, „ich habe Dir davon gesprochen.“

„Du brauchst Dich nicht zu entschuldigen, meine Lore,“ beruhigte Rüdiger, „aber Deiner Mutter ist es nicht zu verzeihen, daß sie Dich als Spionin, als Werkzeug benutzt hat.“

„Herr Graf,“ fuhr Frau Maria auf.

„Ist es denn nicht so? Ihre ahnungslose Tochter lieben Sie als Erzieherin in eine Familie geben, für die Sie größtes Interesse haben.“

„Ach ja, warum soll ich das leugnen? Ich habe ja auch erfahren, daß Ottolars Ehe unglücklich war. Dass er zwei Kinder verloren hat, darunter den Sohn und Erben — ich erkenne Gottes Hand darin! Er hat seine beiden ältesten Kinder verloren!“ Ein unheimliches Feuer glühte in ihren Augen.

Lori fühlte ihr Herz bebен in Angst und Schrecken.

„Nein, Mutter — so darfst Du nicht denken!“

„Ah, man hat schon verstanden, Dich zu verloren!“

„Nein, gräßige Frau! Aus Lore spricht nur ihre Gerechtigkeitsliebe! Nun sie soll von ihrem Vater, der nur ein unglücklicher schwacher Mann ist, nicht schlecht denken — sie soll wissen,

bulgariischen Ministerpräsidenten unternommen werde, um seine Aufmerksamkeit auf die Gefahren der Politik Bulgariens zu lenken, daß seine Augen harntägig auf Themen richte. Die Regierungen von Rom, Belgrad, Bukarest und Prag sollen auf die britische Ansforderung bereits in günstigem Sinne geantwortet haben.

Amerikanische Handelsvertreter in Berlin.

Sieben Vertreter der Zentral-Handelskammer der Vereinigten Staaten sind zu einem längeren Aufenthalt in Berlin eingetroffen. Sie beabsichtigen sich mit Berliner Bank- und Industriekreisen in Verbindung zu setzen. Der Zweck des Aufenthaltes der amerikanischen Kaufleute ist einmal das Studium der Ein- und Ausfuhrverhältnisse, dann aber auch wollen sich die Amerikaner über die Folgen der Wirtschaftskrisis unterrichten.

Beschärzung der Sanktionen.

Von gut unterrichteter rheinischer Seite hört man, daß die Zollverwaltung der Rheinlandkommission zu Koblenz der deutschen Steuerbehörde im besetzten Gebiet mitgeteilt hat, daß sie über die bisher von ihr beantragten Zollerträge hinaus in Zukunft auch diejenigen inneren Abgaben für ausländische Waren beschlagnahmen werde, von denen sie bisher Abstand genommen habe. Dies trifft beispielweise zu auf ausländischen Tabak, ferner auf Wein. Zu dieser Maßnahme der Rheinlandkommission läge, wenn sie Tatsache wird, eine neue Verschärfung der Sanktionen.

Die Gefangenen in Avignon.

Noch 107 Deutsche in französischen Zuchthäusern.

Obwohl Deutschland unmittelbar nach dem Waffenstillstand alle Gefangenen zurückgegeben hat, hält Frankreich noch immer über 100 unglückliche Deutsche in dem wegen seines Alters besonders unerträglichen Ort Avignon in Südfrankreich in den dortigen Zuchthäusern wegen mehr geringfügiger Vergehen zurück. Drei von diesen sind jetzt zurückgekehrt. Sie wurden in Mannheim von einer französischen Begleitmannschaft über die Rheinbrücke gebracht und auf deutscher Seite von dem Vorsitzenden des Volksbundes zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in Empfang genommen. Zwei von ihnen waren wegen Brandstiftung bei einem Fluchtversuch, der dritte wegen Beschaffung einer französischen Uniform zu einem Fluchtversuch und Bekleidung eines französischen Offiziers zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Sie haben die Strafe jetzt verbüßt. Einigen Gefangenen, darunter dem zu lebenslanger Jurkathaltung verurteilten Swoboda, ist vor kurzem die Flucht nach Deutschland gelungen, so daß die Zahl der in Avignon, Cuers und Agay zurückgebliebenen Gefangenen auf 107 gestiegen ist. Einige von diesen leben in nächster Zeit dem Ablauf ihrer Strafe entgegen. Viele von ihnen haben jedoch, wenn nicht endlich noch einmal eine Begnadigung erfolgt, noch eine sehr lange Strafzeit vor sich. So z. B. der Gefangene Reuter lebenslänglich, ein anderer bis 1947. Die Behandlung wird von den Häftlingen als erträglich bezeichnet. Außer den 107 deutschen Gefangenen befinden sich in Avignon noch 17 Strafangehörige ehemaliger Verbündeter Deutschlands:

Kriegsverbrechen bei den andern.

Die Nordbefehle französischer Offiziere.

Paris, im Juli.

Der Pariser Tagesschriftsteller Gouffenoire de Toury bemüht sich seit einiger Zeit in dem Blatte „Humanitas“ nachzuweisen, daß den Beschuldigungen der Entente gegen deutsche Kriegsverbrecher ebensoviel Straftaten aus den Siegerarmeen entgegengestellt werden könnten, wenn man überhaupt gewillt sei, den einfachsten Forderungen einer allseitigen Gerechtigkeit nachzukommen.

dass er ausreichend für ihren Bruder und sie hatorgen wollen, daß man aber alles zurückgewiesen hat.“

„Ja, lieber hätte ich durch Betteln mein Brot für Euch verdient, ehe ich nur einen Pfennig von Allwördens genommen hätte!“ stieß Frau Maria zwischen den Zähnen hervor.

Lori weinte leise in sich hinein. Sie hatte noch nicht ganz erfassen können, was belästigend über sie bereingebrochen — dumpf fühlte sie das Unheil in ihrer Nähe lauern. Worte nur Erich erst da: Von ihm, von seiner Hilfe erwartete sie alles.

Und der, an den sie dachte, kam jetzt am Fenster vorüber, blieb stehen und spähte hinein.

„Lori,“ rief er, „da bist Du schon, und ich bin Dir ein ganzes Stück entgegangen!“

Sie eilte hinaus, ließ ihm kaum Zeit, sie zu begrüßen. Er sah ihre tränenerüberströmten Wangen.

„Lori, was ist denn schon wieder?“

Sie antwortete nicht, zog ihn hinein ins Zimmer.

„Rüdiger, hier ist Erich.“

Der Legationsrat gab den jungen Forstmann schall und prustend an. Die fast schrille Ahnlichkeit mit Ottolar stupste ihn — wie hatte die Natur sich wiederholt! Nur trug Erichs Gesicht einen Ausdruck von Energie, fast Härte, der dem seines Vaters fehlte. Und Rüdiger fühlte den Jungen sich wesensverwandt; auf dem ersten Blid stöhzte er ihm eine tiefe Sympathie ein. Er glaubte, in ihm den fünfzehnjährigen Knaben wiederzuerkennen, der sich damals so stolz und tapfer zur Mutter bekannt! — Sein Bruder brauchte sich dieser Kinder aus erster Ehe nicht zu schamen — er konnte stolz auf sie sein!

Rüdiger streckte Erich, der den eleganten Herrn verwundert anblickte, die Hand entgegen.

„Sie sind also Erich, der Bruder meiner geliebten Lore? Und ich bin Rüdiger Allwörden.“

„Rüdiger Allwörden? Graf Allwörden?“ In lassungslosen Erstaunen wiederholte Erich den Namen. „Und Sie, Herr Graf, sprechen von meiner Schwester als „meine geliebte Lore“ — ich kann das doch nur dahin verstehen, daß — und wissen Sie auch —“ Er verwirrte sich in seiner Rede.

„Ich weiß es — ich habe soeben erfahren, in welchem verwandtschaftlichen Verhältnis wir zueinander stehen. Und ich möchte es von neuem knüpfen dadurch, daß ich Ihre Schwester zu meinem Weibe wünsche.“

„Erich, warum hast Du mir verschwiegen, daß ich in Lengefeld meinen Vater finden würde?“ fragte Lori.

„Mutter wollte es so! Das alles war gegen meinen Sinn. Wir hatten mit den Allwördens nichts zu tun.“

„Und denken Sie jetzt noch so, Erich?“ fragte Rüdiger.

„Ja, Herr Graf! Dass Sie meine Schwester erwählt haben, ist eine Sache für sich und für Lori ein großes, unverhofftes

So veröffentlicht Gouffenoire de Toury jetzt im Anschluß an Enthüllungen über einen Befehl des französischen Generals Martin de Bouillon, seine deutschen Kriegsgefangenen zu machen, den Brief eines Dr. Kochlin aus Paris, in dem dieser folgendes mitteilt: Die 10. Division Marchand habe sich ganz besonders dadurch ausgezeichnet, daß sie wenig Kriegsgefangene gemacht habe, und darunter besonders das 52. Kolonialregiment, dessen Oberst Bettelmann besonders wild gewesen sei. Er habe den formellen Befehl gegeben, weder deutsche Verbündete noch Gefangene einzubringen. Der Unterleutnant Morin, zu dessen Zeugnis er vollkommen vertrauen habe, habe ihm bestätigt, daß er sogar der Niedermachung eines feindlichen Hilfspostens, bestehend aus Verbündeten, Ärzten und Krankenwärtern, beigewohnt habe.

Dr. Kochlin erklärt, Oberst Bettelmann habe selbst in Grand-Fresnoy, im Département Oise, sich im November 1915 seiner Toten gerühmt. Dr. Kochlin bezeichnete drei Divisionen, die während der Champagnechlacht kaum Gefangene eingebracht hätten, während sie bei anderen Divisionen zu Tausenden gemacht wurden. Diese drei Divisionen seien die 10., die 15. und die marocc.che Division. Er spricht auch von deutschen Verbündeten, und zwar von etwa hundert, die bis nach Suippes gekommen seien, und die man dort vier Tage abschickte ohne Säfte, Nahrung, Wasser und Unterkunft gelassen habe, bis er sich ihrer angenommen habe.

Diese Feststellungen werden natürlich Herrn Bräuer nebst Genossen nicht hindern, die Pose des Pharisäers beizubehalten, der über den bösen deutschen Soldner und seine Kriegsvergehen weitert.

Die Versenkung der „Llandover Castle“.

Weitere Beweisaufnahme.

Leipzig, 14. Juli.

Im Verlauf der Zeugenvernehmung schilderte der Obermaschinist Kapitänleutnant Ley (Swinemünde), der zweiter Maschinist auf „U 86“ war, die Ereignisse, wie er sie im Maschinerraum erlebt hat. Kapitänleutnant Paspig, der Kommandant des Unterseebootes, habe nach der Versenkung des englischen Lazarettschiffes erklärt, daß er, was er getan habe, nur zum Wohle des Vaterlandes getan habe, und daß er alles vor Gott und seinem Gewissen verantworten werde. Er habe dann gebeten, über den Vorfall nichts zu sagen. Der Zeuge hält es für auffällig, daß während des Schießens der Kommandant mit den beiden jetzt angeklagten Offizieren allein auf Deck war. Oberleutnant J. S. Knobell, der leitende Ingenieur auf „U 86“, war, gibt an, das Lazarettschiff sei torpediert worden, weil Kapitänleutnant Paspig mit Bestimmtheit annahm, daß das U-Boot Munition und Truppen an Bord hätte. Er ist überzeugt, daß das Unterseeboot Kammerjagd gegen die Rettungsboote nicht unternommen hat. Daß am Tage nach der Torpedierung eine gebrüderliche Stimmung auf dem U-Boot herrschte, gibt der Zeuge zu. Paspig habe geäußert, daß er so etwas zum zweitenten nicht tun würde.

Korvettenkapitän Saalwächter äußerte sich hierauf ausdrücklich über die Kommandoabförderung an Bord des U-Bootes. Er erklärte, daß gerade im Jahre 1918 die Nachrichten über mißbräuchliche Benutzung der Lazarettschiffe besonders zahlreich gewesen seien. Daß die „Llandover Castle“ ihre Eigenschaft als Lazarettschiff mißbraucht habe, könne aus der bisherigen Beweisaufnahme nicht gefolgert werden. Kapitänleutnant Paspig habe offenbar gewußt, daß die Versenkung dieses Lazarettschiffes nicht vereitigt war. Er dachte wohl nicht daran, bestellt zu werden, weil ein U-Boot-Kommandant immer damit rechnete, daß er vielleicht die letzte Fahrt mache. Paspig konnte aber nicht wissen, daß durch die ungerechtfertigte Versenkung der Regelung Unannehmlichkeiten entstehen würden. Daher habe er wohl den Wunsch gehabt, daß über die Sache nichts bekannt würde.

Es folgte die Vernehmung der von der Verteidigung geäußerten Zeugen, die nichts Wesentliches zur Klärung der Vorfälle aussagen. Ein Zeuge aus Hannover hat, als er sich in Toulon in Gefangenhaft befand, gelebt, wie ein französisches Lazarettschiff mit Fluggästen, Truppen und Maschinisten beladen wurde.

Kapitänleutnant Compton aus Wellen an der Mosel wurde Ende 1916 aus der englischen Gefangenschaft auf der „Llandover Castle“ zur Internierung in der Schweiz nach

Glück, über das ich mich — ihretwegen — sehr freue! Aber die sonstigen verwandschaftlichen Beziehungen machen wir darum doch nicht gelind. Man hatte sie uns damals nicht zugesandt, und jetzt haben wir uns daran gefunden. Wir fühlen uns in unserer Lebensphäre wohl. Und daß diese nicht gar so unwürdig ist, beweist Ihre Liebe zu Lori.“

Lori ist mir das häßlichste Gut auf der Welt!“ bemerkte Rüdiger warm, „als mein Bruder soll sie tausendfach für die Entbehrungen ihrer Jugend entschädigt werden.“

Vorausgesetzt, daß ich zu dieser Verbindung meine Einwilligung gebe —“ rief ihm Frau Maria ins Wort, „und die gebe ich nicht.“

Hochgerichtet stand sie da, einen kalten, entschlossenen Ausdruck im Gesicht. Sie genoß ihre Rache; sie sah, wie der Legationsrat unter ihren Worten zusammenzuckte.

„Mutter, weshalb willst Du Lori ihr Glück nicht gönnen? Es ist doch Dein einziger Gedanke gewesen —“ sagte Erich in beschwörendem Ton.

„Weshalb, fragt Ihr?“ rief sie leidenschaftlich, „ich möchte Ihr alles geben! Die Sterne möchte ich Ihr vom Himmel herunterholen. Aber dem Manne da, der mir das Schwert angetan hat, das man einer Frau ausfügen kann — dem Mann soll ich das Teuerste, das ich besitze, schenken? Ihm, den ich hasse? ... Ja, ich hasse Sie, Rüdiger Allwörden, weil Sie mir den Mann und meinen Kindern den Vater genommen haben! Und nun meinen Sie, ich sollte beglückt meinen Segen spenden, weil meine Tochter Ihnen ebenso gefällt? Für Sie ist Lori nicht. Die Kluft zwischen uns ist unüberbrückbar.“

„Mutter! —“ Lori warf sich ihrer Mutter zu Füßen und hob siehend die gefalteten Hände zu ihr empor — „Mutter!“

„Alles, mein

Europa gebracht. Als er auf das Schiff kam, habe er bemerkt, daß eine geschlossene Abteilung Soldaten in Uniform sich einschiffte.

George Godau, der Steuermann auf „U C 41“ war, bestätigt die Angaben des Kapitäns und teilt noch mit, daß der englische Dampfer, von dem sein U-Boot versteckt wurde, die „Baralong“ war, was jedoch erst später festgestellt wurde. Den Leuten der „Baralong“ seien Rettungssender für die Versteckung des U-Bootes „C 41“ versprochen worden.

Über die Beweisanträge der Verteidigung entspann sich schließlich eine längere Erörterung. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß die Beweisanträge, die nachzuweisen seien, daß auch auf feindlicher Seite Wahrnehmungen vorgenommen sind, unethisch seien. Es sei das Recht der Anklagebehörde, Beweise vorzubringen, und es könne deshalb in Frage kommen, ob der Prozeß nicht zu verlegen sei, bis es möglich sei, diese Beweise zu erheben. Nach längerer Beratung der Verteidigung teilte Rechtsanwalt Dr. v. Zwehl mit, die Verteidigung verzichte auf weitere Beweiseabhandlung, soweit sie sich auf den Rückspruch der feindlichen Lazarettschiffe und auf unmenschliche Behandlung beziehe.

Der noch einmal vernommene zweite Offizier der „Landesvern“ Godall, Chapman, befandte, die kanadische Bedienungsmaatschaft des Schiffes sei in Akkord geliehen gewesen. Die Leute hätten aber am Arm eine Linie mit dem Roten Kreuz getragen. Bewaffnete Personen seien auf der „Landesvern“ niemals bewußt worden, man habe an Bord nicht einmal einen Revolver gebraucht.

Letzte Drahtberichte des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Der Friedensschluß mit Amerika.

London. Ein Telegramm aus Washington besagt, daß Präsident Harding in einer an den Kongress gerichteten Erklärung zu verstehen gab, daß die Abschlußkonferenz in seiner Weise einen Ausschuß der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bewirken werde.

Zusammenfahrt von Ordensbrüdern und Kommunisten.

Frankfurt, 15. Juli. (tu.) Als der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens auf dem Schloßplatz zu Bad Homburg eine Ansprache hielt, wurden er und die Verfassungsteilnehmer von Kommunisten mit Steinen beworfen. Da ihnen gänzlich nichts beizutragen war und Notwehr vorlag, forderte der Hochmeister zu energischen Vorwegen gegen die Angreifer auf, wobei die Ordensbrüder mit Spazierhöcken und brennenden Fackeln gegen die Kommunisten vorgingen. Die absahrenden Straßenbahnwagen wurden aus dem Hinterhalt von den Kommunisten mit Steinen beworfen, wobei einige Scheiben zerstört wurden.

Rücktritt des österreichischen Finanzministers.

Wien, 15. Juli. (tu.) Der Finanzminister Dr. Grimm hat gestern abend dem Bundeskanzler Dr. Schober und den Führern der Parteien mitgeteilt, daß er entzweit sei, zurückzutreten. Als Grund wird das Scheitern des Länder-Bausen-Geheges und die Ermündung des Finanzministers angegeben. Der Bundeskanzler bemüht sich, den Minister von seiner Absicht abzubringen. Sollte dies nicht gelingen, so würde noch in der heutigen Sitzung des Nationalrates die Neuwahl des Finanzministers vorgenommen werden.

Aus Stadt und Land.

Einzelheiten der neuen Mietzettel sowie neue Zuschüsse enthalten.

Wilsdruff, am 15. Juli.

Gemeinschaftlich-Sitzung des Rates und der Stadtverordneten.

Donnerstag, den 14. Juli, abends 7 Uhr.

Anwesend waren die Herren Bürgermeister Dr. Kronfeld, Stadträte Wehner, Lohner, Bombach und Scholze und sämtliche Stadtverordnete mit Ausnahme des Herrn Oberamtsstaatssekretärs Jähn, der dienstlich abgehalten war. Zuhörer aus allen Kreisen der Einwohner waren so viel, wie kaum zu einer Sitzung je zuvor, anwesend.

Der Bürgermeister als Vorsitzender gab zunächst bekannt, daß der 11. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung, Wertzuwachssteuer betr., die oberbehördliche Genehmigung gefunden bat. — Da die Wahlzeit der Mitglieder des Ortsausschusses für die staatliche Scholzlebversicherung abgelaufen war, wurden wieder- bzw. neu gewählte Herren Brauereibesitzer Stadt, Fröhla, Sparsassenfassierer Dunge und Veterinärat Beeger als ordentliche Mitglieder, Gutsbesitzer Stadt, Georg Kunze und Tierarzt Zielchans als Stellvertreter. — Der Nachtrag zur Ortsverordnung, Elternsteuer betr., wurde aufgezeichnet bis auf den 8. 9. bei dem Herrn Stadtrat Bombach den Antrag Jähn im Schulausschuß wieder aufnahm, der bestätigt, daß bei Stimmengleichheit das Los entscheidet. Nach der Vorlage sollte die Stimme des Wahlvorsitzers bei Stimmengleichheit entscheidend sein. Der Antrag wurde bei den Stadtverordneten mit 7 Stimmen angenommen, beim Rat abgelehnt mit 3 Stimmen abgelehnt.

Dann wurde die Versammlung zum Tribunal; man sah zu Gericht über Herrn Stadtrat Schlichenmaier wegen seiner der Stadt zum Nachteil gereichenden Handlungsweise beim Verkauf der großen Dampfmaschine, und es gab einen grellen Misstrau. Herr Bürgermeister Dr. Kronfeld gab zunächst bekannt, daß Herr Schlichenmaier unterm 8. 5. Mts. sein Amt als Stadtrat niedergelegt habe und läßtlich erklärt habe, daß er der Stadt den Schaden erzeigen wolle, der durch fahrlässige Handlung seinesorts etwa entstanden sei. Der Rat habe sich in eben beendeter Sitzung nochmals mit der Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, den Rücktritt Schlichenmaiers zu genehmigen. Weiter sei der Rat der Ansicht, daß die Stadt beim Verkaufe der Maschine vorläufig um mindestens 5000 M. geschädigt worden sei. Der Soche liege folgender Tatbestand zugrunde: S. dem als Vorsitzender des Elektrofaktorschafferausschusses der Verkauf der Maschine übertragen war, habe dieselbe an einen Herrn Kümmel für 41 000 M. vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten veräußert und anschließend einen zweiten Kaufvertrag zwischen Kümmel und einem weiteren Interessenten Dürkel mit einer Kaufsumme von 48 000 M. ausgestattet, den zweiten Verkauf verheimlicht und später einen Vertrag angedacht wegen Entgegenkommens bei der Abmontierung der Maschine von D. angenommen. Der Rat sei zu der Schadenergumme von vorläufig mindestens 5000 M. gekommen, da nicht anzunehmen sei, daß Dürkel beim Kauf von der Stadt auch 48 000 M. gezahlt habe. — In der Debatte gingen die Wogen hoch und von allen Rednern wurde die Handlungsweise Schlichenmaiers scharf verurteilt. Stadtr. Schumann führte aus, daß es sich bei der Schadenergumme nicht nur um 5000 M. handeln könne, sondern vorläufig wenigerstens um 7000, vielleicht aber sogar um 50 000 M., denn kurz nachher sei die Maschine übermals, und zwar für 88 000 M. verkauft worden. Zu klären sei noch, wie der um ein Gutachten angegangene Fachmann Trötsch zu einer Wertabschätzungsumme von 40–50 000 M. gekommen sei, obwohl die Maschine seinerzeit mindestens das Doppelte wert gewesen sei und selbst beim Verkauf als altes Eisen noch 60 000 M. eingebracht haben würde. Stadtrat Bom-

bach lagte, daß von einer Fahrlässigkeit nicht die Rede sein könne, es handle sich um eine bewußte Tat, die Stadtrat Scholze habe an Betrug scheinend beigezeichnet. Stadtrat Kronfeld gab das bei aller Verurteilung dieser Sache auch der uneignenfähigen Tätigkeit des Jurisdiktionen und Stadtverordnetenvorsteher Hirsch wies Vorwürfe gegen die bürgerliche Fraktion zurück. Der kurzen Worte wurden noch viel gewechselt. Schließlich wurde von den Stadtverordneten einstimmig der Amtsniederlegung im Sinne der Ratsvorlage zugestimmt und mit 7 Stimmen ein Antrag Schumann angenommen, daß nach Ansicht der Stadtverordneten die Stadt um mindestens 7000 M. geschädigt sei. Über weitere von Stadtr. im Auftrage der Stadt geistige Räume und Verläufe geben die Erörterungen weiter. — Anschließend gab Herr Bürgermeister Dr. Kronfeld bekannt, daß als Stadtrat Herr Brauereibesitzer Stadtr. Fröhla ins Ratskollegium und als Stadtverordneter an dessen Stelle Herr Uhrmachermeister Th. Nicolaus eintritt. Damit hatte die gemeinschaftliche Sitzung ihr Ende gefunden.

Herr Oberst. Scholze übernahm den Vorsitz und mafuhr mit der Behandlung der Tagesordnung für die

Stadtverordneten-Sitzung

samt. Der Vorsitzende gab Kenntnis von einer ministeriellen Verordnung, Vermehrung der Gemeinde Schulden betr., 1. von einem Danachrichten der Techikschule für die Beihilfe zu Kolonialen und Milchvieh und der Auswahl der auf städtische Kosten zu entsendenden 8 Kinder, 2. von dem Beschluss des Rates, der Frau Kirsten aus Stiftungsmitteln für die Monate Juli, August und September je 30 M. zu gewähren. Die Geschäftsausordnung für den Pflegeausschuss des hiesigen Wohlahrs-Pflegebedarfes wurde in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt, desgleichen die Ratsbeschlüsse, betreffend Übergabe der Siedlungsgangelegenheiten an das Wohnungsamt, Feststellung der Mieten im Preßgebäude, Fortzahlung der Minderbemitteltenunterstützung auf Juli, Beschaffung von Frühkartoffeln durch die Kriegswirtschaftsabteilung, Vertragsabschluß mit Obergärtner Bierele und wegen Übernahme der Pflege der städtischen Obst- und Parkeanlagen, Aussetzung des Wehres am städtischen Freibade und schließlich bett. Reparatur des Daches des Ziegeleigebäudes. — Die Arbeiter der Fa. Gebr. Müller, die schon lange Zeit Kurzarbeiterunterstützung beziehen, hatten betriebstechnischer Gründe halber eine volle Woche gearbeitet und eine volle Woche ausgelegt; nach den einschlägigen Bestimmungen hatten sie für beide Wochen die Kurzarbeiterunterstützung bezogen, hatten aber den Antrag auf Vollverwerbungslösung für die eine Woche gestellt. Die Kreishauptmannschaft hat den Antrag als ungesehlich abgelehnt. — Kenntnis gab der Vorsitzende von der Aussage von Kriegergräber-Denkmalen, deren Verkaufserlös zur Erhaltung, Pflege und Schmückung von Kriegergräbern in Feindeland verwendet werden soll, und von einem Ratsbeschlusse, wonach das gesamte Unterstützungsweisen der Stadt einer Neuregelung unterzogen werden soll. — In der Landesausgabe Müller wurde auf Vorschlag des Rates beschlossen, den Quadratmeter mit 5 M. (anstatt 6 M.) zu verkaufen mit der Bedingung, daß das Land zum selben Preise an die Stadt zurückfällt, wenn bis Ende 1925 kein Wohnhaus darauf errichtet worden ist. Außerdem der Tagesordnung richtete Herr Jähn an den Rat die Anfrage, ob er darüber unterrichtet sei, daß am Sonntag der Weg nach dem Schützenhaus durch Wasser des Mühlgrabens an einer Stelle vollständig überflutet worden sei und ob dabei gar Absichtlichkeit mitgespielt habe. Herr Stadtr. Schumann us. konnte die Sache als Beobachter am besten aussplänen und bezeichnete als den Uebeläter ein — Bierfah, das in dem unter der Straße wegfließenden Rohre steht und trotz aller Versuche noch nicht entfernt werden konnte. Bei Auflösung des Schützensturms stieß sich das Wasser und trete durch das Erdreich an die Oberfläche. Das Bierfah, das zur Ursache humoristischer Zwischenfälle wurde, soll nun von städtischen Arbeitern entfernt werden. Schlüß der Sitzung nach 10 Uhr.

Die Neuregelung der Brotsbelieferung. Mit dem 15. August d. J. wird das neue Verfahren in der Brotdistributivfahrung in Kraft treten. Von diesem Tage an wird markenfreies Brot in beliebigen Mengen zu erhöhten Preisen zu haben sein. Daneben werden die Brotmarken in der bisherigen Weise beliefert. Über den Preis des Markenbrotes können die amtlichen Stellen heute ebensowenig etwas Genaueres sagen wie über den des markenfreien. Bei dem ersten kommt es darauf an, ob die vom Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagene Erhöhung um 50 Prozent oder die vom volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags ausbedeutene Erhöhung um nur 40 Prozent beschlossen wird. Der Preis für das markenfreie Brot ist jedenfalls noch nicht festgesetzt. Er wird von der Entwicklung des Weltmarktpreises und von dem Stand der deutschen Valuta abhängig sein. In unterschiedenen Kreisen glaubt man nicht daran, daß der Preis für das Brot im freien Handel, wie von manchen Seiten angenommen wird, sich auf 13–14 M. für das 4-Pfund-Brot stellen wird, da die Bevölkerung durch Haushalten mit der Nation und größerer Verwendung von Kartoffeln im Verbrauch markenfreies Brot zurückhaltend sein wird, so daß das Angebot größer ist, als die Nachfrage, was wiederum preisdrückend wirken muß.

Herkelmarkt Wilsdruff, Freitag den 15. Juli: Auftrieb 24 Std. Verkaufspreis 180–280 M.

Vor einer Verlängerung der Polizeistunde. Wie wir hören, steht für die nächste Zeit eine erhebliche Verlängerung der Polizeistunde bevor. Die Kriegsverordnung vom 11. Dezember 1916, nach der die Polizeistunde auf 10 Uhr festgesetzt worden war, mit dem Anheben an die Länder, diese bis 11.30 Uhr zu verlängern, hatte sich im Laufe der letzten Jahre überlebt. Deshalb waren wiederholt Vorstellungen seitens der Länder und besonders der in Frage kommenden Organisationen beim Reichsminister des Innern erhoben worden. Die amtlichen jüdischen Stellen waren der Ansicht, daß eine Heizung nach 10 Uhr abends so wie so nicht mehr in Frage kommt, ebenso liegen viele Lichtanlagen gerade in den späten Abendstunden leer, so daß eine Verlängerung der Polizeistunde nur eine Auslastung der vorhandenen Kräfte bedeuten würde. Auch volkswirtschaftlich war eine Verlängerung angesichts der schwierigen Lage des Gastgewerbes und ihrer Angestellten notwendig. Die Verlängerung würde außerdem zur Folge haben, daß damit der im geheimen betriebene Nachtverkehr in zweitklassigen Appartementen und der damit verbundene Schlemmerei gewisser Kreise am wirksamsten entgegengesetzt wird. Energische Vorstellungen in dieser Richtung haben bewirkt, daß am 5. d. M. im Reichsministerium des Innern eine Sitzung unter Beteiligung aller Länder stattgefunden hat. Sachsen war durch Minister Lipinski vertreten, der sich energisch für die Verlängerung einzusetzen. Das Ergebnis der Sitzung war, daß sich die Konferenz darüber einigte, daß eine Aufhebung der jetzigen Beschränkungen dringend nötig sei und daß ferner den Ländern die Möglichkeit gegeben werden müsse, die Polizeistunde je nach Bedarf um 1 bis 2 Stunden oder mehr, also bis 1.30 Uhr oder spätestens bis 2 Uhr nachts auszudehnen. Eine endgültige Verordnung darüber ist noch nicht ergangen. Sie dürfte aber für die nächsten Tage zu erwarten sein.

Zum 4. Sächsischen Kreisturnfest. Der Festzug, der sommaren Sonntag in Dresden aus Anlass des 4. Sächsischen

Kreisturnfestes stattfinden wird, dürfte aller Voraussicht nach an Größe und Teilnehmerzahl alles das übertreffen, was Dresden je gesehen hat. Nach den bisherigen Meldungen ist auf eine Zahl von 25 000 Turnern zu rechnen, darunter Taufende der Deutschen Böhmen. Voraussichtlich wird diese Ziffer stark überschritten werden. Für Marschmusik werden 18 biegsige und einige auswärtige Musikkorps sorgen (verschiedene Turnvereine bringen eigene Musik mit). Der Festzug, der sich mittags 1 Uhr vom Reichsplatz aus in Bewegung setzen wird, wird belebt sein vor verschiedenen Trachtengruppen der Landesmannschaften Erzgebirger, Vogtländer, Böhmen, Oberlausitzer, Freiberger und Zugauer Bergleute u. a. m., ferner von 14 Festwagen, welche die sächsische Industrie und Gewerbe: Schokolade und Zigarettenfabrikation, Brauerei, Schiffahrt, Gärtnerei, Weberei, Landwirtschaft, Bergbau u. a. m. verkörpern werden.

Der Volkskirchliche Laienbund für Sachsen hat vom Ministerium des Innern die Genehmigung erhalten, sein Rotopfer für Bundeszwecke bis 31. Juli einzameln zu dürfen. Der Bund wendet sich bei der Gelegenheit noch einmal an alle Evangelischen des Landes und an alle seine Mitglieder mit der Bitte,

durch reiche Spenden das Bundesrotopfer zu fördern und ihn hierdurch in den Stand zu setzen, seinen großen Ausgaben gerecht zu werden. Die Hauptsammlungsstelle befindet sich in Dresden-A. Rabenstraße 13, 2. Überweisungen können stattfinden auf Postcheckkonto Dresden Nr. 5001, Stadtgirokonto Dresden Nr. 8132 und das Konto Bundesrotopfer bei der Landständischen Bank Filiale Dresden. Außerdem werden Beiträge durch die Bundesgruppen und die Pfarramtssanzleien entgegengenommen.

Keine Frühdrucksämler mehr! Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hat die Reichsregierung beschlossen, in diesem Jahre keine Frühdrucksämler mehr zu zahlen. Das Reichsnährungsministerium ist man der Ansicht, daß die vorhandenen Getreidevorräte und vom Ausland zu erwartende Einfuhr genügen werden, um über die Übergangszeit, bis dann das Getreide aus der neuen Ernte wieder zur Verfügung steht, hinwegzukommen. Auf diese Weise sollen auch Ersparnisse gemacht werden.

Die Milchpreise. Die Preisbildungskommission des Milchwirtschaftlichen Landesverbandes Sachsen, die sich aus Vertretern der sächsischen Erzeuger-, Molkerei-, Käferei- und Milchhandelsverbänden bzw. Vereinen zusammensetzt, hat in ihrer Sitzung am 27. Juni 1921 beschlossen, die für Monat Juni festgesetzten Preise für Milch noch für die Monate Juli und August 1921 weiter gelten zu lassen, falls nicht in diesem Zeitraum unvorhergesehene Ereignisse eine andere Regelung bedingen. Der Erzeuger erhält demnach für diese Zeit für einen Liter Milch frei Abgangstation 2 M. und ob Stall entsprechend weniger. Der Handel in den Großstädten erhält vom Verbraucher einschließlich Brackt, Umlaufsteuer, Verluste, Abgabe zur Milchverbilligung und seiner sonstigen großen Untosten 3 M pro Liter ab Laden und 3,10 M pro Liter frei Haus oder ab Wagen.

Die geringe Benutzung der Flugpost. Die Oberpostdirektion Dresden hat die Dresdner Handelskammer ersucht, auf eine regere Benutzung der Flugpost durch die Geschäftswelt hinzuhilfieren. Die Oberpostdirektion weist darauf hin, daß eine Wiederaufgabe der auch Dresden berührenden Flugpostlinien erwogen werden müsse, wenn die schwache Dienstnutzung anhält. Daraufhin hat die Handelskammer eine Umfrage bei den Mitgliedern eingeleitet, um zunächst zu erfahren, auf welche Gründe es zurückzuführen ist, daß die Flugpost in so geringem Umfang zur Förderung von Geschäftsbriefen benutzt wird.

Löbau. In der Nacht vom Sonnabend war in Deutsch-Paulsdorf der Gastwirt Queitsch ermordet worden. Seine Tochter fand ihn am Sonnabend früh mit zertrümmertem Schädel im Hausflur liegend tot auf. Er hatte am Freitag abend seine Tochter und das Dienstmädchen zu Bett geschickt und erklärte, er wolle noch einmal die Tagespost durchzählen. Gegen 12 Uhr gab der Mörder auf seinem Rundgang noch Licht in der Küche. Der Mörder ist unbekannt entkommen. Es scheint sich um einen Raubmord zu handeln, da etwa 1000 M. Spirituosen, Zigaretten und Zigarren entwendet worden sind. Des Mordes verdächtigt ist ein türkischer Bärenführer, der am Freitag abend in Queitschs Gasthaus noch einmal auf einem Rad erschienen war. Unter dem Verdacht, den Mord verübt zu haben, wurde auch ein jüngerer Mann verhaftet, der über seine Person widersprechende Angaben macht. Queitsch, der verwitwet ist, hinterläßt eine Tochter und drei erwachsene Söhne.

Culitzsch. Als Montagnachmittag die 17jährige Maurermeisterstochter Maria Günther Spiritus in den Kocher nachgegangen war, um Milch zu wärmen, explodierte die Flüssigkeit. Im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. In ihrer Angst stürzte sich die Unglückliche, der niemand Hilfe leisten konnte, weil nur zwei Kinder in der Wohnung anwesend waren, mit schweren Brandwunden am Körper aus dem Obergeschoss des zweistöckigen Hauses auf den Hof hinab, wo sie mit einem Schädelbruch, Hand- und Beinbrüchen liegen blieb. Die Bedauernswerte ist bald danach den schweren Verletzungen erlegen.

Hartmannsdorf b. Kirchberg. Zu dem gemeldeten Mord an dem früheren Gemeindevorstand Brückner wird weiter mitgeteilt: Brückner hörte in der Mittwochstunde ein verdächtiges Geräusch, das auf Einbrecher schließen ließ. Er verließ sein Nachtlager, begab sich in die Wohnstube und zog das Fensterrouléau in die Höhe, um aus dem Fenster zu sehen. Plötzlich stach von der Straße her ein Schuß und der alte Mann fiel tödlich getroffen zu Boden. Von dem Täter fehlt jede Spur. Der Gesetzeste stand im 74. Lebensjahr. Er war 32 Jahre lang Gemeindevorstand.

Leipzig. Am Donnerstag vormittag ereignete sich auf dem Leipziger Hauptbahnhof wiederum ein Eisenbahnunfall, der in seinen Einzelheiten genau dem alten noch in Erinnerung stehenden Unglück des Dresdner Personenzuges am 11. Februar dieses Jahres im Hauptbahnhof gleicht. Der von Hannover–Braunschweig–Halle auf dem Bahnsteig 13 des Leipziger Hauptbahnhofs fahrlässig 9,13 Uhr vormittags einlaufende D-Zug Nr. 137 fuhr bei seiner Einfahrt wahrscheinlich infolge Verlagsen der Bremse auf den Gleisendabschluß auf und schoß diesen ein Stück weg. Die Reisenden, die sich zum großen Teil schon zum Aussteigen fertig gemacht hatten und an den Türen standen, wurden durch den bestossen Anprall, den das Auffahren auf den Prellbock verursachte, durcheinandergeworfen. Fünfzehn Personen wurden verletzt, Tote waren nicht zu beklagen.

Kirchennachrichten — 8. Sonntag n. Trin.

Predigtext: Matth. 7, 15–23.

Wilsdruff.

Vorm. 8.30 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 10 Uhr Kindergottesdienst. — Nachm. 1 Uhr Taufgottesdienst.

Nachm. 3 Uhr Gustav-Adolf-Fest in Weistropp.

Grumbach.

Vorm. 8.30 Uhr Predigtgottesdienst. — Kesselsdorf. Vorm. 8.30 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 8.30 Uhr Predigtgottesdienst (P. Zacharias). — Nachm. 2 Uhr Taufen.

